

# STADT KITZINGEN



## NIEDERSCHRIFT ÜBER DIE ÖFFENTLICHE SITZUNG DES STADTRATES - HAUSHALTSBERATUNGEN (VERMÖGENSHAUSHALT) AM 26.02.2018

---

Sitzungsdatum: Montag, den 26.02.2018  
Beginn: 17:00 Uhr  
Ende: 19:50 Uhr  
Ort: Sitzungssaal des Rathauses

---

### Anwesend:

#### **Vorsitzender**

Oberbürgermeister Siegfried Müller

#### **CSU-Stadtratsfraktion**

Stadtrat Carlo Bank

Bürgermeister Stefan Güntner

Stadtrat Dr. Stephan Küntzer

Stadtrat Andreas Moser

Stadtrat Thomas Rank

Stadträtin Gertrud Schwab

Stadträtin Hiltrud Stocker

#### **UsW-Stadtratsfraktion**

Stadtrat Rolf Ferenczy

Stadtrat Peter Lorenz

Stadtrat Manfred Marstaller

Stadtrat Werner May

Stadtrat Manuel Müller

ab 17.38 Uhr, Ziffer 2.5

#### **SPD-Stadtratsfraktion**

Stadträtin Dr. Brigitte Endres-Paul

von 17.05 Uhr, Ziffer 1 bis 19.42 Uhr,  
Ziffer 2.44

Stadträtin Astrid Glos

2. Bürgermeister Klaus Heisel

Stadträtin Elvira Kahnt

#### **KIK-Stadtratsfraktion**

Stadtrat Klaus Christof

Stadtrat Wolfgang Popp

Stadtrat Thomas Steinruck

ab 17.34 Uhr, Ziffer 2.4

#### **FW-FBW-Stadtratsfraktion**

Stadtrat Dietrich Hermann

bis 18.47 Uhr, Ziffer 2.23

Stadtrat Dr. Uwe Pfeiffle

**ÖDP-Stadtratsfraktion**

Stadtrat Jens Pauluhn  
Stadträtin Bianca Tröge

bis 18.56 Uhr, Ziffer 2.27  
ab 18.20 Uhr, Ziffer 2.16

**ProKT-Stadtratsgruppe**

Stadtrat Franz Böhm

**BP-Stadtratsgruppe**

Stadtrat Uwe Hartmann

**fraktionslos**

Stadträtin Andrea Schmidt

**Ortssprecher**

Ortssprecherin Anna Schlötter

**Schriftführer**

Verwaltungsfachwirt Herbert Müller

**Berichterstatter**

Verwaltungsrätin Monika Erdel

Bauingenieur Oliver Graumann

Verwaltungsrat Ralph Hartner

Verwaltungsangestellte Jutta Heger

Verwaltungsamtfrau Claudia Lunde

**Entschuldigt:****CSU-Stadtratsfraktion**

Stadtrat Hartmut Stiller

**KIK-Stadtratsfraktion**

Stadträtin Jutta Wallrapp

**FW-FBW-Stadtratsfraktion**

Stadtrat Manfred Freitag

**ProKT-Stadtratsgruppe**

Stadtrat Hans Schardt

**Ortssprecher**

Ortssprecher Dieter Pfreuzinger

Feststellung gemäß § 27 der Geschäftsordnung

Sämtliche Mitglieder des Stadtrates waren ordnungsgemäß geladen. Von den 31 Mitgliedern sind zu Beginn der Sitzung mehr als die Hälfte anwesend. Der Stadtrat ist somit beschlussfähig.

Es bestehen keine Einwände gegen die Tagesordnung.

**1. Vorinformation von Stadtkämmerin Frau Erdel zum Haushaltsentwurf**

Stadtkämmerin Erdel geht anhand verschiedener Folien ausführlich auf den Haushalt 2018 samt Finanzplanung 2017 – 2021 ein. Dabei stellt sie dar, dass der Haushalt (Verwaltungs- und Vermögenshaushalt) samt Finanzplanung in den Jahren 2018 – 2021 ein Gesamtvolumen von 277.579.890,00 € habe.

Im Folgenden stellt sie die wesentlichen Investitionen in den einzelnen Jahren 2018 bis 2021 dar und gibt einen Überblick hinsichtlich der Summen zu den Einzelplänen, den Aufgabenbereichen sowie nach den Ausgabearten. Wesentlich seien dabei die Investitionen für den Kindergarten- bzw. Schulbereich (Siedlungsschule, Deuster-Schulsporthalle, Kita Marshall-Heights), für den Baubereich (P+R Bahnhof Süd, Zuschuss Fastnachtmuseum, Kaimauer, Kaiserstraße 17) bzw. für das Handlungskonzept Kläranlage.

Stadtkämmerin Erdel geht als nächstes auf die Finanzierung der verschiedenen Maßnahmen 2018 bis 2021 ein, was im Wesentlichen aus Zuweisungen erfolge. Ebenfalls dienen die Zuführung vom Verwaltungshaushalt sowie die Rücklagenentnahme als wichtige Finanzierungsformen. Trotz drohenden Wegfalls der Straßenausbaubeiträge wurden sämtliche Ansätze im Vermögenshaushalt belassen, nachdem es einen Ersatz seitens der Landesregierung für die wegfallenden Beiträge geben soll.

Abschließend geht sie auf die Rücklagen und den Stand der Schulden ein. Die Rücklagen weisen zum Ende des Finanzplanungszeitraum noch einen Stand von ca. 7,7 Mio. € aus. Diese Summe sei aus ihrer Sicht positiv, ist jedoch mit Blick auf verschiedene, noch anstehende jedoch noch nicht eingeplante Maßnahmen nötig. Hier verweist sie beispielhaft auf die Dachsanierung der Friedrich-Bernbeck-Schule, den Umbau der Tourist-Info, die Arbeiten am Bahnhofsumfeld samt P+R im nördlichen Bereich sowie die Straßensanierungen lt. Prioritätenliste. Die Schulden werden im Finanzplanungszeitraum von ca. 9,5 Mio. € auf ca. 12,5 Mio. € steigen, wobei der Anteil von entgeltfinanzierten Maßnahmen ca. 8,5 Mio. € beträgt, so dass der Schuldenstand des allgemeinen Haushaltes am Ende des Finanzplanungszeitraumes bei 4,0 Mio. € liegt. In der Summe liegt die Netto-Neuverschuldung bei 3,0 Mio. €.

Abschließend stellt Stadtkämmerin Erdel dar, dass eine Kommune normalerweise zu antizyklischem Handeln angehalten sei. Aus diesem Grund empfiehlt sie bei der einen oder anderen Maßnahme eine ausgereifte Planung, so dass bei einer späteren Umsetzung und bei ggf. abgeschwächter Konjunktur, die Stadt Kitzingen auch von besseren Baupreisen profitieren könne.

Die Informationen von Stadtkämmerin Erdel werden zur Kenntnis genommen. Die Folien liegen der Niederschrift als wesentliche Anlage bei.

Stadtrat Dr. Küntzer möchte wissen, ob es bei dem benannten Stand der Rücklagen sinnvoll sei, Schulden zu machen.

Stadtkämmerin Erdel bejaht dies unter dem Verweis auf das gegenwärtige Zinsniveau. Darüber hinaus seien Kredite auch nur im Zusammenhang mit entgeltfinanzierten Maßnahmen denkbar.

In diesem Zusammenhang spricht Stadtrat Moser die Sanierung der Kaimauer am oberen Mainkai an, wobei es eine Kostensteigerung in Höhe von 600.000,00 € gebe. Auch in anderen Bereichen verweist er auf erhebliche Erhöhungen. Seiner Auffassung nach sollte sinnvollerweise die Klimaanlage in der Alten Synagoge eingebaut werden.

Oberbürgermeister Müller verweist auf die Beschlusslage zur Kaimauer sowie auf die Sicherungspflicht seitens der Stadt Kitzingen. Dem ersten Ansatz lag lediglich eine Kostenschätzung zu Grunde. Bei der Kostenberechnung haben sich die nun bekannten Kosten ergeben, was auch mit der gegenwärtigen allgemeinen Bausituation zu tun habe.

Stadtrat Christof kritisiert, dass die Mehrkosten aufgrund einer verwaltungsinternen Umplanung hinsichtlich der Auskrakungen entstanden sind.

Stadtkämmerin Erdel weist darauf hin, dass die Mehrkosten ausschließlich beim Verbau liegen.

## **2. Beratung des Vermögenshaushaltes 2018 mit Investitionsprogramm 2017 - 2021**

### **2.1. 0600.9350 - Einrichtung für die gesamte Verwaltung, Büroausstattung Anfrage von Stadträtin Kahnt**

Stadträtin Kahnt möchte wissen, was unter dem Hinweistext „Neueinrichtung des Standesamtes“ zu verstehen sei.

Verwaltungsrat Hartner stellt dar, es sich um das „Sachbearbeiter-Büro“ handle und der Eingangs- sowie Thekenbereich samt kompletter Büroausstattung ausgetauscht bzw. erneuert werde.

Dies wird zur Kenntnis genommen.

### **2.2. 0601.9350 - Informations- und Kommunikationstechnik, neue Präsentationstechnik Neuer Sitzungssaal Anfrage von Stadträtin Schwab**

Stadträtin Schwab möchte wissen, was sich hinter dem Ansatz in Höhe von 8.000,00 € für neue Informationstechnik im Neuen Sitzungssaal verberge.

Protokollführer Müller stellt dar, dass der Beamer und ggf. die Leinwand ausgetauscht werden müsse.

Dies wird zur Kenntnis genommen.

### **2.3. 2111.9355/9356 - St. Hedwig-Schule Schulausstattung (auch offener Ganztag) Anfrage von Stadträtin Glos**

Stadträtin Glos möchte mit Blick auf die Digitalisierung in den Schulen wissen, ob die hierfür eingestellten Mittel ausreichend seien. Diese kommen ihr sehr gering vor.

Stadtkämmerin Erdele stellt dar, dass die Mittel entsprechend den Meldungen seitens der EDV eingestellt wurden. Darüber hinaus gebe es noch einen Haushaltsausgabestrest bei der Haushaltsstelle 2111.9352 (St. Hedwig-Schule, EDV-Ausstattung).

Dies wird zur Kenntnis genommen. Die Mittel bleiben unverändert.

### **2.4. 2111.9610 - St. Hedwig-Schule, Zusätzliche Leuchte am Treppenaufgang Anfrage von Stadträtin Kahnt**

Stadträtin Kahnt verweist auf die zusätzliche Lampe, die am Treppenaufgang angebracht werden soll und wundert sich über die Kosten in Höhe von 25.000,00 €.

Bauamtsleiter Graumann stellt dar, dass in Zusammenhang mit der Anbringung der Leuchte auch Erdbau- sowie Leitungsarbeiten zu verrichten sind.

Dies wird zur Kenntnis genommen.

### **2.5. UA 2431 - Sanierung Friedrich-Bernbeck-Schule Anfrage von Stadtrat Moser**

Stadtrat Moser verweist auf die dringend notwendige Sanierung der Friedrich-Bernbeck-Schule und er wundert sich, dass diese in der Finanzplanung keine Rolle spiele.

Oberbürgermeister Müller stellt dar, dass die seinerzeitige angedachte Generalsanierung im Finanzplan nicht umsetzbar war und aufgrund dessen lediglich kleinere notwendige Arbeiten durchgeführt wurden. Gegenwärtig bestehe ein Handlungsbedarf hinsichtlich des Daches, worüber in der Stadtratssitzung im April eine Information samt Beschlussfassung erfolgen soll.

Stadtkämmerin Erdel ergänzt, dass der Handlungsbedarf nicht derart akut sei, um Mittel für die Umsetzung in 2018 einzustellen. Gegenwärtig sind bei der Haushaltsstelle 2431.9452 im Jahr 2018 Planungskosten in Höhe von 100.000,00 € eingestellt.

In diesem Zusammenhang fragt Stadtrat Dr. Pfeiffle nach, ob eine pauschale Rückstellung für Schulprojekte in den Haushalt aufgenommen werden könne, da nach einem gegenwärtigen Mehrbedarf bei den KITA-Plätzen in Zukunft auch ein Mehrbedarf an Schulplätzen vorhanden sein könne.

Stadtkämmerin Erdel stellt dar, dass die allgemeine Rücklage hierfür dienen könne.

## **2.6. 3210.9358/3211.9358 - Beschaffung von Museums- bzw. Archivgut Anfrage von Stadträtin Kahnt**

Stadträtin Kahnt verweist auf die Ansätze für die Beschaffung von Museumsgut (3210.9358) in Höhe von 1.000,00 € bzw. von Archivgut (3211.9358) in Höhe von 500,00 € und möchte wissen, ob dies ausreichend sei.

Stadtkämmerin Erdel stellt dar, dass dies den Meldungen beider Abteilungen entspreche und die Kosten hierfür ausreichend seien.

Dies wird zur Kenntnis genommen. Die Mittel bleiben unverändert.

## **2.7. 3212.9882 - Konditoreimuseum Kitzingen, Machbarkeitsstudie Anfrage von Stadträtin Glos**

Stadträtin Glos möchte wissen, weshalb die ursprünglich angedachten Kosten in Höhe von 10.000,00 € nun auf 25.000,00 € gestiegen seien.

Verwaltungsrat Hartner bestätigt, dass ursprünglich Kosten in Höhe von 10.000,00 € angedacht waren. Im Rahmen der Ausschreibung und mit Blick auf den Umfang sind es letztlich Kosten in Höhe von 25.000,00 €, für die die Stadt Fördermittel in Höhe von 15.000,00 € erhalte.

Im Februar 2018 liegen der Verwaltung erste Zwischenergebnisse vor und noch vor der Sommerpause soll eine Entscheidung hinsichtlich eines möglichen Konditoreimuseum in Kitzingen getroffen werden.

Dies wird zur Kenntnis genommen.

## **2.8. 3331.9350 - Musikschule, Innenausstattung der neuen Räume Anfrage von Stadtrat Pauluhn**

Stadtrat Pauluhn verweist auf die Diskussion im Rahmen des Umzuges der Musikschule bezüglich der in diesem Zusammenhang anfallenden Kosten und möchte wissen, wo diese enthalten seien.

Stadtkämmerin Erdel stellt dar, dass hierfür bei der Haushaltsstelle 3331.9350 Mittel in Höhe von 80.000,00 € eingestellt seien.

**2.9. 3420.9631 - Alte Synagoge, Einbau Klimaanlage und Erneuerung der Technik  
Antrag von Stadtrat Pauluhn**

Stadtrat Pauluhn verweist auf die Mittel für den Einbau der Klimaanlage in der Alten Synagoge in Höhe von 390.000,00 €, die sich gegenwärtig im Finanzplanungsrest befinden. Seiner Auffassung nach sei der Einbau dringend notwendig, so dass er den Antrag stellt, die Mittel ins Jahr 2019 vorzuziehen. Als Finanzierung könne er sich die Brücke zur Jahnstraße bzw. die Westtangente vorstellen.

Stadtkämmerin Erdel merkt an, dass die Brücke zur Jahnstraße (Rest aus 2017) bzw. die Westtangente (Ansatz in 2020) haushaltsrechtlich nicht als Deckung verwendet werden können.

Oberbürgermeister Müller stellt dar, dass er mit Blick auf die Vielzahl der weiteren Maßnahmen die gemeldeten Mittel in Höhe von 60.000,00 € für die Planung im Jahr 2018 bzw. in Höhe von 330.000,00 € für die Umsetzung im Jahr 2019 in den Finanzplanungsrest geschoben habe.

Im Rahmen der kurzen Diskussion wird deutlich, dass der Wunsch nach einer Klimaanlage für die Alte Synagoge als wichtigstes Kulturhaus in Kitzingen grundsätzlich vorhanden sei.

Bauamtsleiter Graumann stellt dar, dass das Bauamt eine Umsetzung in 2018 bzw. 2019 leisten könne.

Oberbürgermeister Müller bittet um Abstimmung, ob die Mittel entsprechend der Ursprungsmeldung (60.000,00 € für die Planung in 2018 bzw. 330.000,00 € für die Umsetzung in 2019) eingestellt werden sollen.

**abgelehnt                      dafür 10    dagegen 16**

Die Mittel für den Einbau der Klimaanlage in der Alten Synagoge sind wie folgt einzustellen:

2018:	60.000,00 € (Planung)
2019:	330.000,00 € (Umsetzung)

Oberbürgermeister Müller stellt fest, dass der Antrag abgelehnt wurde. Es bleibt bei den eingestellten Mitteln im Finanzplanungsrest.

**2.10. 3601.9580 Naturschutz, Landschaftspflege, Planung/Umsetzung Öko-Konto  
Anfrage von Stadträtin Dr. Endres-Paul**

Stadträtin Dr. Endres-Paul möchte wissen, was mit dem Ansatz in Höhe von 90.000,00 € umgesetzt werde.

Bauamtsleiter Graumann stellt dar, dass es sich dabei um die einzelnen Maßnahmen im Zusammenhang mit dem Öko-Konto handelt, beispielsweise die Maßnahme am Bimbach.

**2.11. 4351.9453/9490 - Obdachlosenunterkünfte, Konzepterstellung und Sanierung  
Anfrage von Stadtrat Moser**

Stadtrat Moser verweist auf den Gesamtansatz in Höhe von 1,10 Mio. € für die Sanierung von zwei Obdachlosenunterkünften. Er möchte wissen, um welche es sich handelt und er gibt darüber hinaus zu bedenken, ob die Kosten hierfür ausreichend seien.

Darüber hinaus kritisiert er, wie dieses Thema jüngst in der Öffentlichkeit dargestellt wurde. Nachdem der Stadtrat hierfür bereits Mittel eingestellt habe und die Verwaltung nicht untätig war.

Bauamtsleiter Graumann erklärt, dass der Ansatz zunächst auch aus Gründen der Handlungsfähigkeit gebildet wurde. Nach der Beschlussfassung im Stadtrat am 01.02.2018 werde die Verwaltung nun ein Konzept in Auftrag geben, aufgrund dessen Art und Weise der Sanierung und der zukünftigen Handhabung der Obdachlosenunterkünfte festgelegt werden soll. Sobald das Konzept vorliege, können die Kosten konkretisiert werden.

Stadtkämmerin Erdel ergänzt, dass die gemeldeten Mittel der Meldung zum Jahresprogramm der Sozialen Stadt entsprechen.

Stadträtin Schmidt und Stadtrat Steinruck kritisieren die Bezeichnung der Haushaltsstelle, nachdem das Ergebnis noch offen sei und dadurch eine Festlegung auf zwei Blocks suggeriert wird.

Bauamtsleiter Graumann gibt insoweit Recht und stellt dar, dass das Ergebnis ob Abriss, Neubau bzw. einfache Sanierung absolut offen sei.

Dies wird zur Kenntnis genommen. Die Mittel bleiben unverändert.

**2.12. 4643.9880 - Waldkindergarten, Zuschuss für Bauwagen  
Hinweis von Stadtkämmerin Erdel**

Stadtkämmerin Erdel verweist auf die Änderungsliste, wonach bei der Haushaltsstelle 4643.9880 für die Beschaffung eines Bauwagens für den Waldkindergarten ein Zuschuss in Höhe von 60.000,00 € eingestellt werden muss (entspricht Beschlussfassung vom 01.02.2018), unabhängig vom letztendlichen Standort. Dies wird zur Kenntnis genommen.

**2.13. 4605.9490 - jungStil Erstellung Machbarkeitsstudie "Standort Gebäude f. Jugend und Familie"  
Anfrage von Stadträtin Glos**

Stadträtin Glos wundert sich über die eingestellten Mittel für die Machbarkeitsstudie zur Festlegung des Standortes für das Gebäude für Jugend und Familie, nachdem sie davon ausgegangen sei, dass dies die Verwaltung selbst erledige.

Bauamtsleiter Graumann stellt dar, dass mit Blick auf die Kapazitäten die Untersuchung der vier möglichen Standorte nach außen vergeben werden soll, um anschließend belastbare Zahlen ermitteln und die Ansätze für die Jahre 2019 und 2020 bilden zu können.

Stadtrat Dr. Küntzer unterstreicht nochmals, dass für jungStil in den Jahren 2019 und 2020 die entsprechenden Mittel eingestellt werden müssen, um ein Haus für Jugend und Familie errichten zu können. JungStil dürfe nicht auf ewig in ein Ausweichquartier untergebracht werden. Nach dem Vorliegen der Ergebnisse sollte eine Entscheidung über das weitere Vorgehen spätestens im Oktober 2018 getroffen werden.

Bauamtsleiter Graumann stellt dar, dass dies so geplant sei.

**2.14. 5500.9880 - Förderung des Sports, Investitionszuschüsse an Sportvereine  
Antrag der UsW-Fraktion**

Oberbürgermeister Müller verweist auf den Antrag der UsW-Fraktion auf Anpassung der Sportförderrichtlinien. In erster Linie bezieht sich der Antrag auf den Verwaltungshaushalt. Nachdem im Antrag auch die Haushaltstelle 5500.9880 des Vermögenshaushalts benannt sei, soll der Antrag bereits in heutiger Sitzung in Gänze beschlossen werden.

Stadtrat Marstaller geht kurz auf den Antrag ein und bittet um Zustimmung.

**beschlossen                    dafür 26    dagegen 0**

Mit der Änderung der Sportförderungsrichtlinien wie folgt besteht Einverständnis.

Ziffer 3. Übungsleiterzuschüsse

„An den Übungsstunden sollen grundsätzlich **5** oder mehr Personenaktiv teilnehmen.“ Bisher waren 10 Personen gefordert.

Ziffer 4. Laufende Zuschüsse zur Förderung der Jugendarbeit

„Zur Förderung der Jugendarbeit gewährt die Stadt jährlich den Sportvereinen nebst einem Sockelbetrag von 50 € einen Zuschuss je gemeldetem Jugendlichen in Höhe **von 30 €.**“ Sockelbetrag bleibt wie bisher. Zuschuss Erhöhung von 26 € auf 30 €.

Ziffer 5. Laufende Zuschüsse zum Betrieb von Vereinssportanlagen

„Den Vereinen mit Vereinssportanlagen gewährt die Stadt jährlich Zuschüsse je gemeldetem Jugendlichen in Höhe von **20 €**, jedoch einen Mindestbetrag von 260 €. Mindestbetrag bleibt bestehen. Zuschusserhöhung von 13 € auf 20 €.

Ziffer 6 a. Investitionshilfen für Baumaßnahmen

„Für Neu-, Um- und Erweiterungsbauten von Sportanlagen gewährt die Stadt einen Zuschuss in Höhe von **10% (höchstens 20.000 €)** der zuwendungsfähigen Kosten in Anlehnung an die staatlichen Richtlinien für Zuwendungen zu kommunalen Baumaßnahmen im Kommunalen Finanzausgleich (FA-ZR) sowie die Richtlinien zur Förderung des außerschulischen Sports mit der Maßgabe, dass auch der Grunderwerb förderfähig ist.“ Zuschusserhöhung von 5 auf 10 % sowie Höchstbetrag von 19.250 auf 20.000 €.

Ziffer 7. Zuschüsse für Großsportgeräte

„ Für die notwendige Beschaffung von Großsportgeräten mit einem Anschaffungswert ab 1.500 € gewährt die Stadt einen Zuschuss von **10% der Kosten**, höchstens jedoch **insgesamt jährlich 1.000 €**“ Erhöhung von 5 auf 10% sowie Höchstbetrag von 525 auf 1.000 €.

**2.15. 5800.9350 - Grünanlagen und öffentliche Grünflächen, Ruhebänke und Abfallbehälter  
Anfrage von Stadträtin Schwab**

Stadträtin Schwab möchte mit Blick auf die Haushaltsstelle hinsichtlich der Beschaffung von Bänken wissen, ob die bereits angeregten Bänke für den Neuen Friedhof beschafft wurden.

Oberbürgermeister Müller stellt dar, dass dies an den Bauhof weitergegeben wurde und eine Beschaffung zeitnah erfolge.

**2.16. 5651.9490 - Florian-Geyer-Halle, Machbarkeitsstudie zur Prüfung der Eignung als Veranstaltungshalle  
Hinweis von Stadtkämmerin Erdel**

Stadtkämmerin Erdel weist darauf hin, dass für die Machbarkeitsstudie zur Nutzung der Florian-Geyer-Halle als Veranstaltungshalle bei Haushaltsstelle 5651.9490 in 2018 Mittel in Höhe von 16.800,00 € (netto) veranschlagt wurden. Der Mehrwertsteuerbetrag wird im Verwaltungshaushalt veranschlagt. Dies wird zur Kenntnis genommen.

Stadträtin Schwab wundert sich, dass die Mittel in die Hand genommen werden sollen, nachdem ohnehin nur acht bis zehn Veranstaltungen abgehalten werden dürfen. Darüber hinaus verweist sie auf die nötigen Rahmenbedingungen für eine Veranstaltungshalle (u.a. Parken), was hier nur schwierig umzusetzen ist, weshalb man sich die Mittel sparen könnte.

Bauamtsleiter Graumann erklärt, dass die kürzlich stattgefundenen Veranstaltungen der KIKAG nur aufgrund der besonders getroffenen Maßnahmen z. B. in Sachen Brandschutz durchgeführt werden konnten. Grundsätzlich seien in der Florian-Geyer-Halle keine Veranstaltungen erlaubt, nachdem es sich um eine reine Sporthalle handelt. Mit dieser Studie soll untersucht werden, welche Maßnahmen notwendig seien, um die Halle auch für Veranstaltungen zu nutzen, die dann jedoch die Zahl zwischen acht bis zehn nicht überschreiten dürften.

Dies wird zur Kenntnis genommen. Die Mittel bleiben unverändert eingestellt.

**2.17. 6021.9340 - Bauamt Ersatzbeschaffung Plotter  
Hinweis von Stadtkämmerin Erdel**

Stadtkämmerin Erdel weist darauf hin, dass bei Haushaltsstelle 6021.9340 im Jahr 2018 für die Ersatzbeschaffung des Plotters 15.000,00 € eingestellt werden müssen. Dies wird zur Kenntnis genommen.

**2.18. 5921.9550 - Trimm-Dich-Pfad  
Anfrage von Stadtrat Pauluhn**

Stadtrat Pauluhn verweist auf den Trimm-Dich-Pfad und auf Wurzeln, die in einem Teilbereich erheblich in die Laufstrecke drücken. Seiner Meinung nach sollte die Stadt Kitzingen hier tätig werden, wenn die Strecke schon als offizieller Trimm-Dich-Pfad ausgewiesen ist.

Stadtrat Marstaller stellt dar, dass hier eine Lösung in der Praxis nur schwierig zu finden sei. Der Bauhof fülle die Bereiche gelegentlich auf, was jedoch auch keine dauerhafte Verbesserung bringe.

Oberbürgermeister Müller stellt dar, dass dann sinnvollerweise die Schilder mit den Hinweisen und den Übungen entfernt werden sollten, so dass der Wald nur noch als Laufstrecke diene.

Stadtrat Pauluhn antwortet, dass dies nicht die Lösung sein könne und stellt dar, die Laufstrecke samt Trimm-Dich-Pfad auch verlegen zu können.

**2.19. 5931.9350 - Spielplätze - Ersatz von Spielgeräten  
Anfrage von Stadträtin Kahnt**

Stadträtin Kahnt verweist auf die Ersatzbeschaffung für den Spielplatz am Schlachthof und möchte wissen, welche Geräte dort angeschafft werden.

Verwaltungsamtfrau Lunde erklärt, dass für den Spielplatz Inklusionsspielgeräte angeschafft werden sollen.

Stadträtin Schmidt verweist auf den Spielplatz am Kleistplatz und bittet, dass hierbei auch die AG Soziale Stadt einbezogen werde.

Bauamtsleiter Graumann sagt dies zu.

Stadtrat Böhm verweist auf verschiedene Spielgeräte, die für Senioren teilweise ungeeignet seien und bittet, bei den Planungen auch die Spielplatzpaten einzubeziehen.

Oberbürgermeister Müller sagt dies zu.

In diesem Zusammenhang bittet Stadtrat Müller, die Löcher am Bolzplatz am Kleistplatz auszubessern.

Oberbürgermeister Müller sagt zu, dies im Rahmen des Unterhaltes zu erledigen.

**2.20. 6300.9560 - Gemeindefstraßen, Spurrillenbeseitigung Westtangente  
Anfrage von Stadtrat Pauluhn**

Stadtrat Pauluhn ist der Auffassung, dass die Beseitigung der Spurrillen an der Westtangente von 2020 in den Finanzplanungsrest verschoben werden sollten. Seiner Auffassung nach gebe es schlechtere Straßen in Kitzingen.

Oberbürgermeister Müller stellt dar, die Maßnahme im Jahr 2020 zu belassen. Bei Bedarf können die Spurrillenbeseitigung bei den nächsten Beratungen nochmals verschoben werden.

Die Mittel bleiben unverändert eingestellt.

**2.21. 6347.9501 - Erweiterung Baugebiet Buddental West  
Anfrage von Stadträtin Schwab**

Stadträtin Schwab verweist auf die Problematik hinsichtlich der Hohlgraben in diesem Bereich und möchte wissen, ob für die Beseitigung weitere Mittel benötigt werden.

Stadträtin Erdel stellt dar, dass die Tiefbauverwaltung vertiefende Untersuchungen in Auftrag gegeben habe, die Ergebnisse jedoch noch nicht vorliegen. Die Mittel sind aus Gründen der Handlungsfähigkeit eingestellt.

Dies wird zur Kenntnis genommen.

**2.22. 6315.9501 - Panzerstraße  
Anfrage von Stadtrat Popp**

Stadtrat Popp verweist auf die Panzerstraße, die ursprünglich als Umgehungsstraße gedacht war. Er verweist auf die fahrenden LKW auf der B 8, die trotz Fahrverbot unterwegs sind und möchte wissen, wie man dem Herr werden könnte.

Darüber hinaus verweist er auf die allgemeine Diskussion zur Feinstaubbelastung und möchte wissen, wie sich die Werte in Kitzingen verhalten.

Oberbürgermeister Müller stellt hinsichtlich des LKW Fahrverbotes dar, dass gleichwohl Fahrzeuge, die nur in einem gewissen Umkreis unterwegs sind, die Bundesstraßen auch benutzen dürfen und insofern eine Kontrolle für die Polizei sehr schwierig sei.

Hinsichtlich der Feinstaubbelastung verweist er auf die Zuständigkeit des Landkreises und stellt dar, dass seiner Auffassung nach mit Blick auf die Topografie Kitzingens keine Werte vergleichbar der Würzburger auftreten dürften.

### **2.23. 6401.9510 - Herstellung von barrierefreien Wegen in der Innenstadt Anfrage von Stadträtin Dr. Endres-Paul**

Stadträtin Dr. Endres-Paul erkundigt sich nach dem Sachstand hinsichtlich der barrierefreien Wege in der Innenstadt.

Bauamtsleiter Graumann verweist auf einen bereits vergebenen Auftrag an das Büro Baier/Kaiser+Juritza und stellt dar, dass im März die ersten Gespräche erfolgen werden.

Stadträtin Dr. Endres-Paul wundert sich über feststehende Ergebnisse im März und verweist auf eine andere Aussage hinsichtlich einer innerstädtischen Untersuchung, die bereits vorliegen sollten.

Bauamtsleiter Graumann stellt dar, dass es sich dabei um die vorbereitenden Untersuchungen für das Sanierungsgebiet Altstadt handelt, die vom Büro DSK erledigt werden. Diese sind gegenwärtig in Form der Eigentümeruntersuchungen noch im Gange. Hierzu soll im März eine Eigentümerversammlung stattfinden. Hierüber wird anschließend das politische Gremium informiert.

Stadtrat Christof bittet, dass hinsichtlich der einzelnen Nutzungen in den Gebieten auch der Stadtrat rechtzeitig die Möglichkeit der Meinungsäußerung erhält.

Bauamtsleiter Graumann sagt dies zu.

Dies wird zur Kenntnis genommen.

### **2.24. 6402.9506 - Straßenausbau Amalienweg Anfrage von Stadtrat Müller**

Stadtrat Müller möchte wissen, ob mit Blick auf den Zustand der Straße der Amalienweg in 2018 angegangen werde.

Stadtkämmerin Erdel erklärt, dass gegenwärtig die Mittel erst in den Jahren 2020 bzw. 2021 eingestellt seien.

### **2.25. 6403.9560 - Sickershäuser Weg, Neugestaltung im Bereich des Kindergartens Anfrage von Stadträtin Schmidt**

Stadträtin Schmidt verweist auf den seinerzeitigen Grundsatzbeschluss zum Umgestaltung des Sickershäuser Wegs und ist der Auffassung, dass dies nun dringend angegangen werden müsse.

Oberbürgermeister Müller verweist auf die Gründe des Zurückstellens (Widerstand hinsichtlich der Anliegerbeiträge) und stellt dar, dass nach Abschluss der Maßnahme an der Gollermühle die Planungen wieder aufgenommen werden, um eine Verbesserung für diesen Bereich zu erlangen.

Bauamtsleiter Graumann ergänzt, dass bei der nächsten Sitzung zur AG Sozialen Stadt ein Ortstermin stattfinden wird. Auf die Frage nach notwendigen Planungskosten verweist Bauamtsleiter Graumann auf die Möglichkeit, diese aus dem allgemeinen Planungstopf zu verwenden.  
Dies wird zur Kenntnis genommen. Die Mittel bleiben unverändert eingestellt.

**2.26. 6406.9560 - Fischergasse, Kaiserstraße, Königsplatz, Luitpoldstraße; Neugestaltung nach Übernahmen Staatsstraße  
Anfrage von Stadtrat Moser**

Stadtrat Moser verweist auf die Mittel bei Haushaltsstelle 6406.9560 für die anfallenden Arbeiten, die mit der Übernahme der Staatsstraße entstehen und die er auch im Zusammenhang mit der Maßnahme „Barrierefreie Gehwege“ in der Innenstadt sehe. Er erkundigt sich nach dem weiteren Vorgehen.

Bauamtsleiter Graumann bestätigt den Zusammenhang beider Maßnahmen und stellt dar, dass ein zu erstellendes Gesamtkonzept für die gesamte Innenstadt samt Staatsstraßenbereich ein Ergebnis hinsichtlich der Verkehrsführung, der Geh- bzw. Radwegesituation, der Flächen, der Parkflächen bzw. der Gestaltung und Materialien bringen soll.

Dies wird zur Kenntnis genommen.

Hinsichtlich der Übergabe der Staatsstraße möchte Stadträtin Schwab wissen, ob diese dann in einem ertüchtigten Zustand übergeben werden.

Bauamtsleiter Graumann stellt dar, dass dies grundsätzlich der Fall sei. Nachdem die Stadt Kitzingen in diesem Bereich eine Veränderung vornehmen möchte, ist es sinnvoller dies in Form einer Entschädigungsleistung an die Stadt Kitzingen zu regeln.

**2.27. 6482.9560 - Generalsanierung Alte Mainbrücke  
Anfrage von Stadtrat Moser**

Stadtrat Moser verweist hinsichtlich der Sanierung der Alten Mainbrücke auf die eingestellten Zuschüsse (6482.3610) und möchte wissen, ob noch weitere zu erwarten sind (z. B. Denkmalschutz).

Stadtkämmerin Erdele erklärt, dass gegenwärtig die Mittel nach FAG eingestellt seien und bei Konkretisierung der Maßnahme nach weitere Fördertöpfe abgefragt werden.  
Dies wird zur Kenntnis genommen.

**2.28. 6483.9560 - Anprallschutz Alte Mainbrücke  
Anfrage von Stadtrat Steinruck**

Stadtrat Steinruck verweist auf den Ansatz für den Anprallschutz, der vor Jahren aufgrund Dringlichkeit seitens des Wasserstraßenneubauamts in den Haushalt aufgenommen wurde und seitdem jedoch nichts geschehen sei.

Mit Blick auf die Kostenbeteiligung der Stadt Kitzingen und der langen Zeitdauer gibt er zu bedenken, dass hierzu sicherlich ebenfalls Mehrkosten auf die Stadt zukommen werden.

Bauamtsleiter Graumann erklärt, dass gegenwärtig noch keine Kostensteigerungen bekannt seien.

**2.29. 6405.9560/9590 Umgestaltung Oberer Mainkai  
Hinweis von Stadtkämmerin Erdel**

Stadtkämmerin Erdel stellt dar, dass die Mittel für die Umgestaltung des Oberen Mainkais um jeweils ein Jahr verschoben werden und nun wie folgt zu veranschlagen sind.

6405.9560 Baukosten	2020: 245.000,00 €	2021: 1.000.000,00 €
6405.3525 Beiträge	2020: 165.000,00 €	
6405.3610 Zuschüsse	2020: 90.000,00 €	2021: 500.000,00 €
6405.9590 Baunebenkosten	2019: 50.000,00 €	2020: 50.000,00 €
	50.000,00 €	2021:

Dies wird zur Kenntnis genommen.

**2.30. 6488.9560 - Brücke über Eherieder Mühlbach  
Hinweis von Stadtkämmerin Erdel**

Stadtkämmerin Erdel verweist auf die Änderungsliste 1 wonach bei der Haushaltsstelle 6488.9560 Mittel in Höhe von 10.000,00 € in 2018 für die Erneuerung des Holzstegs über den Eherieder Mühlbach im Bereich der Straße „Am Essbach“ und der TKG Sporthalle eingestellt werden müssen.

Stadträtin Schwab verweist auf die Eigentumsverhältnisse im Bereich des Weges (Giltholzgemeinschaft), die zur Brücke führt und möchte wissen, ob dieser Weg dann auch Verkehrssicher gehalten werden müsse.

Nachdem die Brücke dann im Eigentum der Stadt sei, muss die Stadt die entsprechenden Verkehrssicherungspflichten einhalten. Sie gibt zu bedenken, dass dies für den Weg nicht gelten könne.

Oberbürgermeister Müller sagt eine Prüfung zu.

**2.31. 6810.9501 - Errichtung P+R Anlage Bahnhof Süd  
Anfrage von Stadträtin Glos**

Stadträtin Glos verweist auf die Planungen im südlichen Bereich und ärgert sich, dass seit der Beschlussfassung im September 2014 nichts passiert sei. Sie möchte wissen, bis wann die Maßnahme beginne.

Oberbürgermeister Müller weist hinsichtlich der Zeitdauer darauf hin, dass hierbei nicht vergessen werden dürfe, dass in der Zwischenzeit weitere Anträge bezüglich der Prüfung eines Parkdecks das weitere Vorgehen verzögert hätten. Aus seiner Sicht sei zum gegenwärtigen Zeitpunkt lediglich eine Verzögerung von einem drei viertel Jahr erkenntlich.

Bauamtsleiter Graumann stellt dar, dass gegenwärtig ein ausführlicher Planungsstand vorliegt, der Grundlage für den Förderantrag darstellt. Im 2. Quartal dieses Jahres soll sodann die Ausschreibung starten. Einen genauen Termin für den Beginn könne er noch nicht nennen.



**2.36. 7711.9352 - Arbeitsgeräte und Maschinen Bauhof  
Anfrage von Stadträtin Kahnt**

Stadträtin Kahnt möchte mit Blick auf die Glyphosat Diskussionen wissen, was unter der Beschaffung des Unkraut-Ex für die Asphaltkolone zu verstehen sei.  
Oberbürgermeister Müller erklärt, dass es sich sicherlich um ein technisches Gerät handelt und wird die genaue Information noch nachreichen.

**2.37. 7512.9580 - Neuer Friedhof, Friedwiese Beschaffungen von Pultsteinen  
Anfrage von Stadträtin Schwab**

Stadträtin Schwab verweist auf die jährlichen Kosten in Höhe von 3.000,00 € für einen Pultstein zur Beschriftung der Friedwiesen.  
Ihrer Auffassung nach gebe es hierfür auch kostengünstigere Lösungen.  
Oberbürgermeister Müller verweist auf die Beschlusslage.

In diesem Zusammenhang möchte Stadträtin Kahnt wissen, ob es bei der Stadt Kitzingen anonyme Bestattungen gebe.  
Oberbürgermeister Müller bittet diesbezüglich direkt im Standesamt nachzufragen.

**2.38. 7902.9630 Wohnmobilstellplatz  
Anfrage von Stadträtin Glos**

Stadträtin Glos bittet, aktuelle Zahlen auch hinsichtlich der Auslastung des Wohnmobilstellplatzes zukommen zu lassen.  
Verwaltungsrat Hartner weist darauf hin, dass vermutlich im Jahresbericht bereits Zahlen enthalten sind.

**2.39. 8801.9452 - Sanierung Galgenwasen 13 - 20  
Anfrage von Stadträtin Schmidt**

Stadträtin Schmidt erkundigt sich nach dem Sachstand hinsichtlich der Sanierung des Galgenwasens 13 – 20.

Oberbürgermeister Müller stellt dar, dass seit der letzten Information kein neuer Sachstand vorliege.

Die Frage, ob der Auftrag schon vergeben wurde, verneint Bauamtsleiter Graumann und stellt dar, dass der Auftrag vom Planer noch nicht unterzeichnet werden konnte. Dieser habe gegenwärtig die Arbeiten im Zusammenhang mit der Breslauer Straße vorgezogen.

Dies wird zur Kenntnis genommen.

**2.40. 8551.9320 - Erwerb Waldgrundstück in der Klinge von der BIMA  
Anfrage von Stadtrat Dr. Pfeiffle**

Stadträtin Dr. Pfeiffle möchte wissen, ob es sich beim Erwerb des Waldgrundstücks in der Klinge um die Bunker-Anlagen handeln soll.

Stadtkämmerin Erdel verneint dies und sagt zu, dies mit separater Information anhand eines Planes zu erläutern.

**2.41. 8810.9500/9590 Errichtung Zwischenlagerfläche und überdachter Lagerraum für Böden im Gewerbegebiet Goldberg  
Anfrage von Stadträtin Schwab**

Stadträtin Schwab verweist auf die Haushaltsreste für die Planung (12.000,00 €) sowie die Errichtung (62.000,00 €) einer Zwischenlagerfläche und überdachtem Lageraum für Böden und Ausbaustoffe im Gewerbegebiet Goldberg und möchte wissen, ob diese noch benötigt werden.

Stadtkämmerin Erdel stellt dar, dass lt. Mittelanmeldung der Fachabteilung der Rest nach wie vor benötigt werde.

**2.42. 6905.9501 - Hochwasserfreilegung Eherieder Mühlbach  
Anfrage von Stadträtin Glos**

Stadträtin Glos verweist auf die den Rest in Höhe von 15.000,00 € bei der Haushaltsstelle 6905.9501 und möchte wissen, ob für die anstehenden Maßnahmen noch Mittel eingestellt werden.

Stadtkämmerin Erdel stellt dar, dass die weiteren Mittel erst nach Festlegung des weiteren Vorgehens eingestellt werden können.

**2.43. Anfrage von Stadträtin Kahnt Mittel für Neubau/Unterstützung Tierheim**

Stadträtin Kahnt stellt fest, dass im Haushalt keine Mittel für einen Neubau des Tierheims bzw. für die Unterstützung dessen eingestellt sind.

Oberbürgermeister Müller verweist auf die Zuständigkeiten sowie eine Lösung, die idealerweise für den gesamten Landkreis gefunden werden müsse. Die Stadt habe den Verantwortlichen des Tierheimes bereits ein Grundstück vorgeschlagen, welches wieder über Erbbaurecht zur Verfügung gestellt werden könnte, welches jedoch den Vorstellungen des Tierheims nicht entsprach.

Die Stadt Kitzingen alleine könne und werde das Tierheim nicht bauen, sie könne lediglich ihren finanziellen Beitrag leisten.

Hier sei auch die Unterstützung der weiteren Landkreisgemeinden gefragt. Gegebenenfalls finde sich sogar ein Grundstück im Landkreis. Seiner Auffassung nach sei die gerechteste Lösung, wenn der Landkreis den Neubau finanziere und über die Kreisumlage auf sämtliche Gemeinden aufteile.

Einer Betriebskostenzuschusserhöhung auf 1,00 € je Einwohner, hier werde in Kürze eine Vorlage an den Stadtrat ergehen, könne er zustimmen, wobei auch hierbei sämtliche Landkreisgemeinden dies in gleicher Weise tun sollten.

**2.44. Anfrage von Stadtrat Moser  
Mittel für Stadtplanung**

Stadtrat Moser sieht einen Bedarf an Mitteln für die Stadtplanung für die Schaffung von Gewerbe- und Wohnimmobilienflächen

Stadtkämmerin Erdel stellt dar, dass für konkrete Maßnahmen gegenwärtig keine Mittel eingestellt seien. Gleichwohl sei die Stadt Kitzingen über die Haushaltsstelle 8810.9321 für einen allgemeinen Grundstückserwerb grundsätzlich handlungsfähig.

Stadtrat Moser äußert sich in diesem Zusammenhang kritisch, was in den umliegenden Gemeinden hinsichtlich der Ausweisung von Gewerbeflächen passiert und spricht dabei exemplarisch die Gemeinde Rödelsee an, die an der Stadtgrenze gegenwärtig ein neues Gebiet plane.

Er spricht seinen Unmut dahingehend aus, dass in Kitzingen mit Blick auf bestehende Konzepte bzw. sonstigen Gründen die Ausweisung nicht möglich sei und in unmittelbarer Nähe diese Regeln nicht gelten sollen. Seiner Auffassung nach müsse man auf Landkreisebene hier tätig werden.

Oberbürgermeister Müller stellt hinsichtlich der Flächen in Rödelsee dar, dass die Stadt Kitzingen im Rahmen des Verfahrens beteiligt werden müsse, was die Stadt mit Beschluss des Verwaltungs- und Bauausschusses aufgrund der Flächenversiegelungen auch abgelehnt habe. Die Stadt Kitzingen könne sich jedoch nur zu baurechtlichen Belangen äußern. Sie habe ansonsten in Bezug auf die Gemeinde Rödelsee keinen Handlungs- bzw. Eingriffsspielraum.

Weitere Redner unterstützen die Haltung von Stadtrat Moser, dass die Stadt Kitzingen diesbezüglich tätig werden müsse.

Bauamtsleiter Graumann erklärt, dass diese Steuerung nur von der Regionalplanung ausgehen könne, wozu die Stadt Kitzingen im Verfahren jeweils beteiligt und bei umfassenden Fragestellungen auch der Stadtrat einbezogen werde. Hinsichtlich des Flächenverbrauchs könne dies nur über die Landespolitik gelöst werden. Die Stadt Kitzingen handle für ihr Stadtgebiet schon insofern in diese Richtung, dass bestehende Bebauungspläne geändert werden und eine Nachverdichtung ermöglicht werde.

**Oberbürgermeister Siegfried Müller schließt die öffentliche Sitzung um 19:50 Uhr.**

Vorsitz

Schriftführung

Siegfried Müller  
Oberbürgermeister

Herbert Müller  
Verwaltungsfachwirt